

650099-2024 - Wettbewerb

**Deutschland – Transport- und Beförderungsdienstleistungen (außer Abfalltransport) –
Rahmenvereinbarung Externer Logistik-Dienstleister (03.2025 - 12.2027)
OJ S 209/2024 25/10/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH

E-Mail: sg226@gsi.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer zentralen Regierungsbehörde kontrolliertes öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Bildung

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: FAIR - Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH

E-Mail: sg226@gsi.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer zentralen Regierungsbehörde kontrolliertes öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Bildung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Rahmenvereinbarung Externer Logistik-Dienstleister (03.2025 - 12.2027)

Beschreibung: Für die Erstellung der FAIR-Anlage werden über einen Zeitraum von ca. 4 Jahren bis voraussichtlich Ende 2027/2028 insgesamt ca. 24.000 Bauteile und Komponenten angeliefert. Daraus resultieren ca. 6.500 Liefervorgänge, wovon voraussichtlich ca. 1.400 Komponenten ohne Zwischenlagerung in die Anlage eingebaut werden. Die Komponenten werden zu ca. 75 Prozent von Produzenten und Kooperationspartnern aus dem Gebiet der EU geliefert. Der restliche Teil wird von Lieferanten außerhalb der europäischen Gemeinschaft (z. B. Russland; Indien) über Kooperationsvereinbarungen bereitgestellt.

Kennung des Verfahrens: 4bf1d7f5-7753-4501-955e-9a5764359bd1

Interne Kennung: 26/RV2600018672

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 60000000 Transport- und Beförderungsdienstleistungen (außer Abfalltransport)

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH Planckstraße 1

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64291

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Lagerhalle Weiterstadt/ GSI&FAIR Carl-Zeiss-Straße 5

Stadt: Weiterstadt

Postleitzahl: 64331

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt-Dieburg (DE716)

Land: Deutschland

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Lagerhalle Pfungstadt/ GSI&FAIR Werner-von-Siemens-Straße 29 - 31

Stadt: Pfungstadt

Postleitzahl: 64319

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt-Dieburg (DE716)

Land: Deutschland

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: FAIR - Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH Planckstr. 1

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64291

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXS0YYEY1W3KDG28 Die Vergabeunterlagen werden elektronisch auf www.dtvp.de bereitgestellt und können dort nach einer kostenlosen Registrierung heruntergeladen werden. Die Vergabestelle akzeptiert folgende Arten der Angebotsabgabe: - Elektronisch in Textform Die Übermittlung der Angebote in elektronischer Form erfolgt fristgerecht über den Vergabemarktplatz DTVP (Deutsches Vergabeportal). URL: <http://www.dtvp.de/Center/> Zur Wahrung der Textform gemäß § 126 b BGB bei Angebotsabgabe müssen die Bieter nachfolgende Angaben machen: - Bei natürlichen Personen ist der vollständige Name zu nennen (§12 BGB). - Bei juristischen Personen und Handelsgesellschaften (§ 17 BGB) ist der Firmenname zu nennen und die Rechtsform. Darüber hinaus ist der vollständige Name des Mitarbeiters/der Mitarbeiterin zu nennen, der/die für die Firma das Angebot abgibt. Das Einfügen eines Firmenlogos reicht nicht aus. - Bei Bietergemeinschaften sind für jeden einzelnen Bieter die vorstehenden Angaben zu machen. Zu beachten ist, dass die Textform des § 126 b BGB im Vergaberecht nur eingehalten ist, wenn die Teilnahmeanträge/ Angebote verschlüsselt übermittelt werden. Eine E-Mail genügt nicht. Bei fehlerhaften / unvollständigen Angaben, welche die Textform gem. § 126 b BGB verletzen, werden die Angebote ausgeschlossen. _____ Wir weisen darauf hin, dass bei etwaigen parallelen Teilnahmeanträgen bzw. Angeboten von verbundenen Unternehmen auf die Einhaltung der Grundsätze des Geheimwettbewerbs zu achten ist; spätestens auf Nachfrage durch die Vergabestelle ist nachzuweisen, dass eine strikte Trennung in personeller, organisatorischer und struktureller Hinsicht bei der Erstellung der Teilnahmeantrags- und Angebotsunterlagen gewährleistet gewesen ist (vgl. z.B. OLG Düsseldorf, Beschluss vom 13.04.2011 VII-Verg 4/11; VK Münster, Beschluss vom 22.04.2015 - VK 1-12/15). _____ Hinweis: Wird eines der geforderten Formblätter nicht form- bzw. fristgerecht eingereicht, kann dies zum Ausschluss des Angebotes führen. Fehlende oder unvollständige Dokumente können durch die Vergabestelle nachgefordert werden; die Bewerber können sich aber nicht darauf verlassen, dass eine Nachforderung erfolgt. Am Ende

fehlende Nachweise führen zum Ausschluss. Die einzureichenden Unterlagen werden automatisch an den dafür vorgesehenen Stellen bekanntgegeben. _____ Aufgrund von Betriebsferien ab 23.12.2024 werden Bieterfragen, die bis zum 13.12.2024 gestellt werden, noch bis 20.12.2024 beantwortet. Fragen, die nach dem 13.12.2024 eingehen, können ggf. erst im Januar 2025 beantwortet werden. _____ Unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze der Gleichbehandlung und Transparenz hat der Auftraggeber folgende Eignungs- und Zuschlagskriterien festgelegt: A. TEILNAHMEPHASE (Eignung des Bewerbers) >> Teilnahmeantrag und Eignung 26-18672 Externer LOG-DL 03.2025-12.2027.docx ist einzureichen - bestehend aus: - Formblatt Unternehmensdarstellung - Formblatt Referenzen - Formblatt Erklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB - Eigenerklärung zu Verstößen gegen das SchwarzArbG, das AEntG, das AufenthG sowie gegen das MiLoG - Erklärung Betriebs-/Berufshaftpflicht - Erklärung zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen - Eigenerklärung zur Einhaltung der Normen im Sinne der ISO 9001 (oder einer gleich-wertigen Norm) - Weitere Angaben zum Bieter - Ggf. Formblatt Bietergemeinschaft - Ggf. Formblatt Unterauftragnehmern zusammen >> Erfüllung datenschutzrechtlicher Anforderungen: - AVV - Auftragsverarbeitungsvertrag ist einzureichen >> Mindestanforderungen an die Referenzen: - Durch 3 einschlägige Referenzen ist mindestens eine 5-jährige Erfahrung im Bereich der Distributions- und Transportlogistik nachzuweisen. Dies umfasst Erfahrungen im Handling von sensiblen Gütern, Kompetenzen in der Handhabung und Lagerung von Schwer- und Spezialtransporten sowie Kompetenzen bei der Organisation von Schwertransporten. - Durch mindestens 1 einschlägige Referenz der letzten 5 Jahren sind Erfahrungen in der Mitwirkung und Realisierung von Großprojekten im Bereich der Industrieanlagenbau, oder ähnlich gelagerten Projekten nachzuweisen. B. ANGEBOTSPHASE (Wirtschaftlichste Angebot) GSI wird nach Ablauf der Abgabefrist für die Teilnahmeanträge diese auf Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen sowie auf die Erfüllung eventuell in der Bekanntmachung festgelegter Mindestanforderungen überprüfen. Auch nach einer eventuellen Nachforderung noch unvollständige Teilnahmeanträge, werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Alle Bewerber, die mit dem Teilnahmeantrag ihre Eignung im Sinne von § 122 GWB nachgewiesen haben, wird die GSI zur Abgabe eines Angebots in der zweiten Phase (Angebotsphase im Verhandlungsverfahren) auffordern. In der Aufforderung zur Angebotsabgabe wird auch die verbindliche Frist für die Abgabe der Angebote benannt werden. Das finale Angebot bestehend aus >> 26-18672 Externer LOG-DL 03.2025-12.2027 - 04-01 Angebotsformblatt.docx und >> 26-18672 Externer LOG-DL 03.2025-12.2027 - 04-02 Preismatrix.xlsx == Wertungspreis Dieser fließt in die Gesamtwertung wie folgt ein: 50% Wertungspreis 50% Leistungskriterien (60% Konzept zur Qualitätssicherung und 40% Konzept zur Versand- und Importabwicklung

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Rahmenvereinbarung Externer Logistik-Dienstleister (03.2025 - 12.2027)

Beschreibung: Die Leistungsbeschreibung bezieht sich auf eine externe logistische Unterstützung u.a. für die Annahme, Zollbehandlung, Lagerung und den Transport von Komponenten und Bauteilen, die für den Aufbau des FAIR-Beschleunigers angeliefert werden.

Interne Kennung: 26/RV2600018672

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 60000000 Transport- und Beförderungsdienstleistungen (außer Abfalltransport)

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH Planckstraße 1

Stadt: Darmstadt
Postleitzahl: 64291
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)
Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Lagerhalle Weiterstadt/ GSI&FAIR Carl-Zeiss-Straße 5
Stadt: Weiterstadt
Postleitzahl: 64331
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt-Dieburg (DE716)
Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Lagerhalle Pfungstadt/ GSI&FAIR Werner-von-Siemens-Straße 29 - 31
Stadt: Pfungstadt
Postleitzahl: 64319
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt-Dieburg (DE716)
Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: FAIR - Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH Planckstr. 1
Stadt: Darmstadt
Postleitzahl: 64291
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 34 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 3
Weitere Informationen zur Verlängerung: 12MON 2028 01.01.28 - 31.12.2028 (1. Verlängerungsoption) 12MON 2029 01.01.29 - 31.12.2029 (2. Verlängerungsoption) 12MON 2030 01.01.30 - 31.12.2030 (3. Verlängerungsoption)

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Noch nicht bekannt
Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:selbst# Aufgrund von Betriebsferien ab 23.12.2024 werden Bieterfragen, die bis zum 13.12.2024 gestellt werden, noch bis 20.12.2024 beantwortet. Fragen, die nach dem 13.12.2024 eingehen, können ggf. erst im Januar 2025 beantwortet werden.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:
Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Bezeichnung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Einzureichende Unterlagen: - Angaben zu Gesamtumsatz und auftragsbezogenem Umsatz (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Erklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens sowie den Umsatz bezüglich der besonderen Leistungsart, die Gegenstand der Vergabe ist, jeweils bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre - auf dem GSI Formblatt Unternehmensdarstellung - Nachweis einer Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Angabe des Versicherungsunternehmens und der Deckungssumme auf dem GSI Formblatt

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Sonstiges

Beschreibung des Eignungskriteriums: Einzureichende Unterlagen: - Bietergemeinschaft (mit dem Teilnahmeantrag mittels Dritterklärung vorzulegen): BGB-Gesellschaft mit gesamtschuldnerischer Haftung mit Listung aller Mitglieder und deren bevollmächtigter Vertreter inkl. Nennung eines bevollmächtigten Vertreters, der die Arbeitsgemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt. Mit dem Teilnahmeantrag / Angebot ist eine von allen Gemeinschaftsmitgliedern rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung abzugeben, dass die federführende Firma als bevollmächtigter Vertreter die aufgeführten Gemeinschaftsmitglieder gegenüber dem Auftraggeber vertritt und mit Wirkung für jedes Mitglied für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung als Gesamtschuldner haftet. - Erklärung Unterauftragnehmer (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Nur auszufüllen, sofern Teilleistungen an Unterauftragnehmer weitergegeben werden oder sofern sich der Bewerber bzw. Bieter für den Eignungsnachweis auf einen Unterauftragnehmer beruft. In diesem Fall ist eine Abgabe zusammen mit dem Teilnahmeantrag bzw. Angebot erforderlich! Weiterhin ist im Falle der Eignungsleihe eine Verfügbarkeitserklärung (siehe Formblatt Verfügbarkeitserklärung) vom Unterauftragnehmer bereits mit dem Teilnahmeantrag bzw. Angebot einzureichen. Im Falle der Ausführung von Teilen des Auftrags wird diese vor Zuschlagserteilung nachgefordert. - Verfügbarkeitserklärung zur Erklärung Unterauftragnehmer (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Nur parallel zur "Erklärung Unterauftragnehmer" auszufüllen und vom Unterauftragnehmer zu unterzeichnen, sofern Teilleistungen an Unterauftragnehmer weitergegeben werden (Leistungsausführung durch Unterauftragnehmer) oder sofern sich der Bewerber bzw. Bieter für den Eignungsnachweis auf einen Unterauftragnehmer beruft (Eignungsleihe - siehe Formblatt Unterauftragnehmer). Sollen mehrere Unterauftragnehmer eingesetzt werden, so ist dieses Formblatt mehrfach zu verwenden. Pro einzusetzendem Unterauftragnehmer ist je eine Verpflichtungserklärung abzugeben. - Russland Sanktionen - Erklärung zur Verordnung (EU) 833/2014 (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Am 08.04.2022 hat der Rat der Europäischen Union die Verordnung (EU) 2022 /576 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, erlassen. Diese ist am 09.04.2022 in Kraft getreten. Sie entfaltet als Verordnung unmittelbare Rechtswirkung in den Mitgliedstaaten und hat direkte Auswirkungen auf die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen. - Weitere Angaben zum Bieter - neue Anforderungen für EU-weit vergebene Aufträge (sog. eForms) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Im Zuge der Einführung neuer Anforderungen für EU-weit vergebene Aufträge (sog. eForms) sind öffentliche Auftraggeber ab dem 25.10.2023 verpflichtet, in Vergabebekanntmachungen (bisher Bekanntmachung über vergebene Aufträge) die unten aufgeführten Angaben zu den Auftragnehmern veröffentlichen. Vor diesem Hintergrund sind für jeden Bieter und bei Bietergemeinschaften für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft die im entsprechenden

Formblatt aufgeführten Angaben zu machen und mit dem Angebot, im Fall vorgelagerter Teilnahmewettbewerbe mit dem Teilnahmewettbewerb einzureichen. Die mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellten Formblätter sind - in Abhängigkeit vom Teilnahmeantrag - vollständig auszufüllen. Die Nichtvorlage bzw. unvollständige Vorlage der geforderten Unterlagen sowie wesentlich falsche Erklärungen können zum Ausschluss des Bewerbers von der Teilnahme am Wettbewerb führen. GSI behält sich eine einmalige Nachforderung von Unterlagen innerhalb einer im Nachforderungsschreiben festzusetzenden Frist gemäß § 56 VgV vor. Die Bewerber können sich auf eine Nachforderung aber nicht verlassen. Letztendlich unvollständige Teilnahmeanträge werden ausgeschlossen (§ 57 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3 VgV). Bewerber dürfen dem Teilnahmeantrag keine eigenen Vertragsbedingungen zugrunde legen.

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Einzureichende Unterlagen: - Eigenerklärung zur Eignung nach §§ 123, 124 GWB (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung, dass die Kenntnis nach §§ 123, 124 GWB unrichtig ist und die dort genannten Fälle nicht vorliegen - GSI Formblatt - Unternehmensdarstellung (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Mit der Angabe der auf dem GSI Formblatt abgefragten Daten, u.a. Anzahl der Mitarbeiter in den letzten drei Jahren.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Einzureichende Unterlagen: - Beschreibung von Referenzprojekten (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Beschreibung von drei vergleichbaren Referenzprojekten, mit Angabe der auf dem Formblatt abgefragten Projektdaten. o Formblatt Referenzen mit folgenden Mindestanforderungen an die Referenzen (Ausschlusskriterien): - Durch 3 einschlägige Referenzen ist mindestens eine 5-jährige Erfahrung im Bereich der Distributions- und Transportlogistik nachzuweisen. Dies umfasst Erfahrungen im Handling von sensiblen Gütern, Kompetenzen in der Handhabung und Lagerung von Schwer- und Spezialtransporten sowie Kompetenzen bei der Organisation von Schwertransporten. - Durch mindestens 1 einschlägige Referenz der letzten 5 Jahren sind Erfahrungen in der Mitwirkung und Realisierung von Großprojekten im Bereich der Industrieanlagenbau, oder ähnlich gelagerten Projekten nachzuweisen.

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Distributions- und Transportlogistik

Beschreibung des Eignungskriteriums: Durch 3 einschlägige Referenzen ist mindestens eine 5-jährige Erfahrung im Bereich der Distributions- und Transportlogistik nachzuweisen. Dies umfasst Erfahrungen im Handling von sensiblen Gütern, Kompetenzen in der Handhabung und Lagerung von Schwer- und Spezialtransporten sowie Kompetenzen bei der Organisation von Schwertransporten.

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Bereich der Industrieanlagenbau

Beschreibung des Eignungskriteriums: Durch mindestens 1 einschlägige Referenz der letzten 5 Jahren sind Erfahrungen in der Mit-wirkung und Realisierung von Großprojekten im Bereich der Industrieanlagenbau, oder ähnlich gelagerten Projekten nachzuweisen.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Konzept zur Qualitätssicherung

Beschreibung: Der Bieter stellt dar, welche internen Maßnahmen zur Qualitätssicherung getroffen werden, wie er auf Qualitätsabweichungen reagiert und welche Maßnahmen getroffen werden, das vereinbar-te Level wiederherzustellen, inkl. Problemlösungswege bei unvorhergesehenen Ereignissen (max. 2 Seiten). Positiv bewertet wird, wenn der Bieter auf folgende Punkte eingeht, bzw. ent-sprechende Nachweise vorlegt: - Zertifizierung des Unternehmens nach DIN ISO 9001:2015 - Vorhandensein geeigneter QM- und Lean-Steuerungssysteme; - Definition von Servicelevel (KPI); - Bereitschaft zur Durchführung von Lieferantenaudits. - Fahrzeugverfügbarkeit, - Unfallregelungen Wir erwarten ein regelmäßiges Reporting bzgl. u.a. Personaleinsatz, Vertretungsregelung. Positiv bewertet wird, wenn der Bieter auf folgende Punkte eingeht: - mind. 2x p.a. Reporting. Kürzere Abstände werden positiv bewertet. - Bei der Vetretungsregelung wird positiv bewertet, wenn mehrere Vertretungsebenen dargestellt werden.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Konzept zur Versand- und Importabwicklung

Beschreibung: Der Bieter beschreibt auf max. 2 Seiten, den Ablauf der Übernahme/ Übergabe von Einzelsen-dungen an Kooperations- und Vertragspartner. Besonderes Augenmerk ist auf die Zollabwicklung zu legen. Positiv bewertet wird, wenn der Bieter auf folgenden Punkten eingeht: - Praktikabilität für den Auftraggeber - Reduzierung des Aufwands beim Auftraggeber und - Preisstruktur pro Versandeinheit - Vorhandene oder angestrebte Zertifizierung als zugelassener Wirtschaftsbeteiligter (AEO)

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 15/11/2024 23:59:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YYEY1W3KDG28/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YYEY1W3KDG28>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YYEY1W3KDG28>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 26/11/2024 07:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 94 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: GSI/FAIR behält sich eine einmalige Nachforderung von Unterlagen innerhalb einer im Nachforderungsschreiben festzusetzenden Frist gemäß § 56 VgV vor. Die Bewerber können sich auf eine Nachforderung aber nicht verlassen. Letztendlich unvollständige Teilnahmeanträge werden ausgeschlossen (§ 57 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3 VgV)

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: o Formblatt Referenzen mit folgenden

Mindestanforderungen an die Referenzen (Ausschlusskriterien): - Durch 3 einschlägige

Referenzen ist mindestens eine 5-jährige Erfahrung im Bereich der Distributions- und

Transportlogistik nachzuweisen. Dies umfasst Erfahrungen im Handling von sensiblen Gütern,

Kompetenzen in der Handhabung und Lagerung von Schwer- und Spezialtransporten sowie

Kompetenzen bei der Organisation von Schwertransporten. - Durch mindestens 1

einschlägige Referenz der letzten 5 Jahren sind Erfahrungen in der Mitwirkung und

Realisierung von Großprojekten im Bereich der Industrieanlagenbau, oder ähnlich gelagerten Projekten nachzuweisen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: Sind im Rahmen eines abzuschließenden Vertrages Vorleistungen erforderlich (Anzahlungen), werden diese nur gegen Vorlage einer unbefristeten,

selbstschuldnerischen Bankbürgschaft gezahlt. Sind im Rahmen eines abzuschließenden

Vertrages Vorleistungen erforderlich (Anzahlungen), werden diese nur gegen Vorlage einer

unbefristeten, selbstschuldnerischen Bankbürgschaft gezahlt. GSI nimmt grundsätzlich nur

Bürgschaften an, die die folgenden Mindestbedingungen einhalten: - Selbstschuldnerische

Bürgschaften unter Verzicht auf die Einrede des §§ 770, 771 BGB - ausschließlich

Bürgschaften nach deutschem Recht - unwiderrufliche Bürgschaften - kostenlos für die GSI -

ausgestellt von einer namhaften internationalen, bevorzugt europäischen Bank - in der Regel

unbefristet bzw. eine Frist, die an das Datum des Eigentumsübergangs gebunden ist.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Begründung der Laufzeit der Rahmenvereinbarung: Begründung der Rahmenvertragslaufzeit über die Regelfrist des § 21 Abs. 6 VgV hinaus auf potentiell insgesamt sechs Jahre

Abweichend vom Grundsatz des § 21 Abs. 6 VgV ist vorliegend eine Laufzeit von (potentiell)

mehr als vier Jahren zu wählen. Ein entsprechend erforderlicher Sonderfall im Gegenstand

der Rahmenvereinbarung liegt vor. I. Absehbare Dauer und Notwendigkeit des Bedarfs 1.

Gegenstand der Dienstleistung ist die Lager(-Verwaltung), sowie der Transport (zumeist) technischer Forschungsgeräte und deren Bestandteilen zwischen verschiedenen Lagern und dem Campus der GSI für Testzwecke sowie der Baustelle der aktuell im Bau begrifflichen Forschungsanlage von GSI und FAIR rund um den Teilchenbeschleuniger FAIR, sowie diversen daran angeschlossenen Experimenten aus dem Bereich der Grundlagenforschung, sowie Speicherringen. Die zum Zeitpunkt dieser Begründung erstellten Zeitpläne zur Realisierung der Forschungsanlage sehen eine Inbetriebnahme der Einrichtung ab 2025 bis voraussichtlich 20230 vor. Bei realistischer Erwartung erfolgen der Einbau bzw. die Integration der zu transportierenden Forschungsgeräte in die Anlage sukzessive in zunehmender Frequenz - folglich auch deren Transporte. Es wird davon ausgegangen, dass in 2025 noch eine Vielzahl der noch fehlenden Komponenten angeliefert und temporär eingelagert werden müssen. Der Aufbau des FAIR Beschleunigers wird ebenfalls ab 2025 starten, so dass die Komponenten nach der Einbaulogik von den Außenlagern zum FAIR Gelände transportiert werden müssen. Zum Zeitpunkt der Ausschreibung liegt darüber hinaus der Vergabestelle keine Planung für den Aufbau des FAIR Beschleunigers vor, so dass die Leistungen des Logistikdienstleisters zum Zeitpunkt der Ausschreibung kaum abgeschätzt werden können. Ein Auslauf des Rahmenvertrages nach vier Jahren (gemäß § 21 Abs. 6 VgV) fiel daher in die prognostizierbar "heiße Phase", in welchen die Frequenz logistischer Transporte ihren Höhepunkt hat (von immerhin insgesamt bis zu potentiell ca. 5000-6000 Einzeltransporten). Vor diesem Hintergrund ist es insbesondere aus Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit unverzichtbar zu diesem Zeitpunkt keinen (möglichen) Austausch des Dienstleisters vorzunehmen, weil bereits Übergabeschwierigkeiten zwischen zwei verschiedenen Dienstleistern in dieser Phase leicht zu nicht nur vernachlässigbaren Kosten führen können, Verzögerungen und Einarbeitungen des neuen Dienstleisters schnell zu enormen finanziellen Schäden und Bauverzug führen würden. Dies allein schon deshalb, weil es durch die Übernahme eines Logistikauftrags in der Phase hoher Transportfrequenzen bei Verzögerungen schnell zu Aufstauen von (hochsensiblen und kostenintensiven) Forschungsgeräten führen würde (Rückstau). Es ist unerlässlich, dass in dieser Phase ein Dienstleister zu Verfügung steht, durch den die Sicherheit dieser (teilweise mehrere Millionen Euro teuren) Gerätschaften sichergestellt ist (insb. aber nicht ausschließlich Lager) und es nicht zu unnötigen Mehrfachtransporten kommt. Verzögerungen in dieser Phase führen somit potentiell zu Schäden, die wertmäßig im siebenstelligen Bereich liegen und daneben noch jahrelange Neubeschaffungen zur Folge haben können. Denn zum Teil handelt es sich um Geräte die langjährig von hochspezialisierten Unternehmen nach Vorgaben von GSI/FAIR erstellt wurden. Der Ausfall von nur wenigen solcher Geräte kann die Inbetriebnahme der gesamten Anlage auf Jahre in Verzug bringen, was nicht nur negative Auswirkungen auf den Forschungsstandort Deutschland haben würde. 2. Daneben besteht kein Grund zur Besorgnis, dass dem Markt ein potentieller Auftrag durch optionale 1 Jahr und 10 Monate Verlängerung zu dem gegenständlichen Logistikdienstleistungs-Rahmenvertrag lange oder unangemessen entzogen würde. Aufgrund der zuvor ausgeführten Absehbarkeit der Dauer der Notwendigkeit der gegenständlichen Dienstleistung, nämlich bis zu dem Einbau der zu transportierenden Gerätschaften und deren Bestandteile, handelt es sich erkennbar nicht um eine von GSI/FAIR angestrebte Dauerbeziehung sondern um die Inanspruchnahme von Diensten, die innerhalb von 4 bis 6 Jahren anfallen werden - mit zunehmender Intensität. Insoweit ist gerade auch das Modell der Verlängerungsoption ideal, um dem Bedarf von GSI/ FAIR gerecht zu werden - nämlich in Abhängigkeit vom Voranschreiten der Arbeiten an der Forschungsanlage. Eine Dauer von möglichen 65 Jahren ist unverzichtbar, da erst mit fortschreitender Laufzeit finale Einschätzungen möglich sind, ob die Dienste des Auftragnehmers für ein, zwei oder dreizwei weitere Jahre in Anspruch zu nehmen sein werden. Aus diesem Grund entschied sich GSI / FAIR auch für dreizwei Verlängerungsoptionen je ein Jahr anstelle von beispielsweise einer

einmaligen Verlängerungsoption auf dreizehn Jahre. Es wird voraussichtlich nach Ablauf von rund 3 Jahren nur noch um einen (relativ) kurzen Zeitraum gehen, so dass auch aus diesem Grund eine erneute Ausschreibung für diese "Restzeit" organisatorisch aber vor allem wirtschaftlich unverhältnismäßig wäre. II. Fazit Aufgrund vorstehender Ausführungen und Erwägungen, als auch nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass im Anwendungsbereich anderer vergaberechtlicher Regelwerke dem Auftraggeber weitaus großzügigere Zeiträume für Rahmenvereinbarung zur Verfügung stehen würden (vgl. sieben Jahre, gem. § 14 Abs. 6 S. 1 VSVgV bzw. acht Jahre, gem. § 19 Abs. 3 SektVO) erscheint die vorliegende Wahl von 3 Jahren zuzüglich zweimal 3x einem Jahr Verlängerungsoption verhältnismäßig, in dem konkreten Einzelfall angemessen und zur bestmöglichen Wahrung insbesondere vergaberechtlicher Grundsätze erforderlich. Hauptvertragslaufzeit: 10MON 2025 01.03.25 - 31.12.2025 12MON 2026 01.01.26 - 31.12.2026 12MON 2027 01.01.27 - 31.12.2027 Optionale Verlängerung 12MON 2028 01.01.28 - 31.12.2028 (1. Verlängerungsoption) 12MON 2029 01.01.29 - 31.12.2029 (2. Verlängerungsoption) 12MON 2030 01.01.30 - 31.12.2030 (3. Verlängerungsoption)

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die zuständige Nachprüfungsbehörde ist die Vergabekammer des Bundes Villemombler Straße 76 53123 Bonn Tel.: 0228 9499-0 Fax: 0228 9499-163 E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de Internet: <http://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Kontaktdaten/DE/Vergabekammern.html> Der Bewerber /Bieter wird aufgefordert, die Teile seines Teilnahmeantrags (und später ggf. seines Angebots), die ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, deutlich zu kennzeichnen. Geschieht dies nicht, kann die Vergabekammer im Falle eines Nachprüfungsverfahrens gegebenenfalls von einer Zustimmung auf Einsicht in seine Unterlagen ausgehen (§165 Abs. 3 GWB). Die GSI ist als Vergabeakte bei der Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens dazu verpflichtet, die Vergabeakten der Vergabekammer sofort zur Verfügung zu stellen (§ 163 Abs. 2 Satz 3 GWB). Bewerber / Bieter haben einen Anspruch auf Einhaltung der bieterschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem Auftraggeber (§ 97 Abs. 6 GWB). Sieht sich ein am Auftrag interessierter Bewerber / Bieter durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb von zehn Kalendertagen bei der GSI zu rügen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB). Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Abgabe der Bewerbungen (bzw. Angebote) gegenüber der GSI geltend gemacht werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 - 3 GWB). Teilt die GSI dem Bewerber / Bieter mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen so besteht die Möglichkeit, innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung einen Antrag auf Nachprüfung bei der o.g. Vergabekammer zu stellen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch die GSI geschlossen werden. Bei Übermittlung per Fax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist zehn Kalendertage. Sie beginnt am Tag nach Absendung der Information durch die GSI. Nach Ablauf dieser Frist ist ein Zuschlag möglich, auch wenn eine Frist nach § 160 Abs. 3 GWB noch nicht verstrichen sein sollte. Ein Nachprüfungsantrag müsste daher zur Verhinderung eines Zuschlags vor Ablauf der Frist nach § 134 GWB der GSI durch die Vergabekammer zugestellt worden sein. Die Unwirksamkeit einer Beauftragung kann gemäß § 135 Abs. 1 und 2 GWB nur festgestellt

werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalender-tagen ab Information über den Vertragsabschluss, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union. ? Die Bewerber werden auf den rechtlichen Bedeutungsgehalt des § 160 Abs. 3 GWB hingewiesen, Abs. 3 GWB, insbesondere dessen Nr. 4: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabe-vorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Vergabekammer des Bundes

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH

Registrierungsnummer: 6ea99fac-564e-48fd-bff2-3854dd11dee4

Postanschrift: Planckstraße 1

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64291

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabemanagement

E-Mail: sg226@gsi.de

Telefon: +49 615971-0

Fax: +49 615971-3982

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Federführendes Mitglied

Zentrale Beschaffungsstelle, die öffentliche Aufträge oder Rahmenvereinbarungen im Zusammenhang mit für andere Beschaffer bestimmten Bauleistungen, Lieferungen oder Dienstleistungen vergibt/abschließt

8.1. **ORG-0002**

Offizielle Bezeichnung: FAIR - Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH

Registrierungsnummer: 283f3cb7-3dbd-4402-bb84-5b5dbd51ce5d

Postanschrift: Planckstr. 1

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64291

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabemanagement

E-Mail: sg226@gsi.de

Telefon: +49 615971-0

Fax: +49 615971-3982

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. **ORG-0003**

Offizielle Bezeichnung: GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH

Registrierungsnummer: 4cfbbb1d-0a2c-4cf3-af12-4fddd8ed46e9

Postanschrift: Planckstraße 1

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64291

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabemanagement

E-Mail: sg226@gsi.de

Telefon: +49 615971-0

Fax: +49 615971-3982

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. **ORG-0004**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes

Registrierungsnummer: 52bfa839-2ec6-49df-8f09-be0c692fff8c

Postanschrift: Villemomblerstr. 76

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 22894990

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. **ORG-0005**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes

Registrierungsnummer: caf7d4da-f179-453f-bd24-0ae121235237

Postanschrift: Villemomblerstr. 76

Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53123
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de
Telefon: +49 22894990

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0006

Offizielle Bezeichnung: GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH
Registrierungsnummer: 64bf79f8-7780-46e8-9529-61a7811c3010
Postanschrift: Planckstraße 1
Stadt: Darmstadt
Postleitzahl: 64291
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Vergabemanagement
E-Mail: sg226@gsi.de
Telefon: +49 615971-0
Fax: +49 615971-3982

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0007

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: a8184fe3-a503-40ec-8d9a-2e5b286629c1 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 24/10/2024 08:02:40 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 650099-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 209/2024
Datum der Veröffentlichung: 25/10/2024